

600'000 Franken jährlich für mehr Nachhaltigkeit gefordert

Volksinitiative in Kloten Konkrete Anreize schaffen, statt nur über Klimaziele reden:

Für ein «nachhaltiges Kloten» soll die Flughafenstadt bis 2035 ein Mindestmass an Unterstützung auszahlen.

Christian Wüthrich

Ist es viel oder viel zu wenig? In der Flughafenstadt diskutiert man derzeit über eine Volksinitiative der Grünliberalen. Dabei geht es darum, ob sich Kloten mit mindestens 600'000 Franken pro Jahr an nachhaltigen Projekten und entsprechenden Investitionen dieser Art beteiligen soll oder nicht. Ende Monat kommt die Vorlage zur Abstimmung.

Dass nun ganz Kloten darüber befinden kann, ob nachhaltiges Verhalten punkto Klima ganz konkret mit Unterstützungsgeldern aus dem städtischen Budget gefördert werden soll, lässt Mats Rieder hoffen. Er war lange Jahre Ortspräsident und Fraktionschef der GLP im Stadtparlament. «Wir müssen die unzähligen Diskussionen im Parlament beenden und endlich etwas tun.»

Den Initiativ-Weg gehen, weil das Parlament blockt

Inzwischen hat Rieder seinen Sitz im Parlament jüngeren Mitstreitern überlassen. Als Parteipräsident wie auch Fraktionschef hat Roman Walt übernommen. Im Sommer 2017 sassen beide noch nebeneinander im Halbrund der 32-köpfigen Klotener Legislative und hatten beschlossen, dass sie mehr machen müssen, als im Stadtparlament möglich ist.

Konkrete Massnahmen zum Klimaschutz, für mehr Energieeffizienz und zur Förderung von Projekten fielen meist Sparmaßnahmen zum Opfer im rechtsbürglerisch dominierten Rat der Klotener Volksvertreter. «Aber die Bevölkerung von Kloten hatte der neuen Energiestrategie vom Bundesrat ja zugestimmt», sagt Walt und ärgert sich zugleich über den Unwillen des Klotener Parlaments, mehr zu tun.

So wurde nämlich auch ein Förderprogramm aus dem Budget gekippt, das unter anderem Unterstützung für energetische Haussanierungen und die Installation von Solaranlagen auf Klotener Dächern vorsah. Ausser-



Die GLP-Initianten Mats Rieder (links) und Roman Walt halten ihre Nachhaltigkeitsideale hoch. Foto: Sibylle Meier

dem stritt man sich über Anstrengungen zur Beibehaltung des Labels «Energiestadt», wogegen allen voran die FDP lautstark wetterte.

Kloten tut sich schwer in Energiefragen

Das Energiestadt-Label hat Kloten bislang doch nicht verloren, denn es bildete sich daraufhin eine städtische Energiokommision. Diese hat zuletzt ein Gesamtenergiekonzept erarbeitet, das allerdings noch keine Wirkung hat, da es zuerst noch abgesegnet werden muss.

Rieder und Walt wollen etwas Handfestes und lancierten mit

Unterstützung über die Grenzen ihrer GLP hinaus die jetzt vorliegende Volksinitiative «für ein nachhaltiges Kloten». Statt nur «schwammige Worte» haben sie klare Forderungen und Ziele formuliert.

Bis 2035 jährlich 600'000 Franken für Nachhaltigkeit

So wollen sie, dass sich die Stadt Kloten verpflichtet, jährlich mindestens 600'000 Franken für energiepolitische Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit auszugeben. Der Versorgung mit erneuerbaren Energien soll verstärkt gefördert werden, ebenso die Ressourceneffizienz sowie die Reduktion des

CO₂-Ausstosses, wo dies möglich ist. Dieses neue Förderprogramm soll insgesamt über 15 Jahre bis 2035 laufen und fix im Budget verankert sein, so die Forderung der Initianten.

«Das soll ein Sockelbetrag sein und als Anschub dienen», sagt Mats Rieder. Roman Walt gibt zu verstehen: «Dieser Betrag reicht nach unseren Berechnungen aber nicht aus, um die Energiewende zu schaffen.» So wie Kloten momentan unterwegs sei, werde man die Ziele des Bundes nicht annähernd erreichen, kritisierten die Initianten. Ihr Vorschlag soll ein Anfang sein auf dem noch langen Weg bis letzt-

lich auch die Atomkraftwerke spätestens 2050 vom Netz genommen werden.

Wieso denn genau steht in der GLP-Initiative aber 600'000 Franken, fragt man sich. «Die Grundidee war es, ein halbes Prozent der durchschnittlichen Steuereinnahmen von Kloten dafür einzusetzen», erklärt der jetzige Fraktionschef. Über die ganzen 15 Jahre wären das somit 9 Millionen als Förderbeitrag für Nachhaltigkeit.

«Wir fordern nichts Unmögliches. Das muss doch drinliegen», findet Rieder. Schliesslich habe der Stadtrat ja in seiner Entwicklungsstrategie 2030 mit der lus-

tigen Wimmelbild-Zeichnung als Merksatz auch festgehalten, man müsse «Potenziale nutzen». Genauso dies verlange die vorliegende Initiative und wolle die Energiewende mithilfe von Unterstützungs geldern zügig vorantreiben. Die Rede ist von Anreizen für den Einbau von Heizungen mit Erdsonden und Fotovoltaikanlagen zur Stromgewinnung auf den Dächern.

Gegenvorschlag vorhanden – er wird aber hart kritisiert

Der städtischen Nachhaltigkeitsinitiative ist ein neuer Gegenvorschlag zur Seite gestellt worden. Der erste, welcher die GLP akzeptiert hätte, kam vom Stadtrat und hätte die Abstimmung obsolet gemacht. Denn dann wäre die Initiative zurückgezogen worden. Aber im Stadtparlament hatten SVP, FDP und CVP im Mai dieses Jahres dagegen opponiert. Dieselbe Allianz brachte gegen den Willen der Initianten und aller Mitte-links-Parteien mit 17 zu 15 Stimmen im Rat einen anderen Gegenvorschlag ins Spiel.

Von Unterstützungs geldern steht nichts, und es wird im Grundsatz lediglich verlangt, dass Kloten in der Energie- und Umweltpolitik auf «ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit» setzt und mit einer Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie erarbeitet. Punkt Ressourceneffizienz und CO₂-Reduktion soll der Stadtrat explizit auch Innovation und technischen Fortschritt berücksichtigen, heisst es, und dafür weiter «alle vier Jahre einen Rahmenkredit beantragen». Zahlen fehlen in diesem komplett.

Aus Sicht der Initianten ist dieser Gegenvorschlag blass «heisse Luft». Für Walt ist klar, dass dieser Gegenvorschlag nichts bringt, was nicht eh schon klar ist. «Es ist ja logisch, dass wir auf Innovation setzen müssen, alles andere wäre blöd.» Das letzte Wort haben die Stimmberchtigten der Flughafenstadt. Am 29. November stimmen sie über die Initiative «für ein nachhaltiges Kloten» ab.

Nördlich Lägern für Atomendlager besser geeignet als gedacht

Endlager für radioaktive Abfälle In der Top drei der möglichen Standortregionen für das Schweizer Endlager hat das Zürcher Unterland etwas Boden gut gemacht. Doch entschieden ist noch nichts.

Eigentlich war das Zürcher Unterland nördlich des Hügelzugs Lägern Anfang 2015 als Standortregion vom Tisch. Denn damals gab die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) bekannt, dass sie diese Region als Endlagerstandort nicht weiter untersuchen wolle.

Der Grund: Der Ort, wo es im Untergrund genügend Platz für das Lager hätte, liege eher zu tief. Der Bau der Lagerkavernen im Opalinuston sei dort unten zwar machbar, technisch aber anspruchsvoller wegen des grossen Drucks. So wären zusätzliche Stützbauten im Tongestein nötig. Diesen Nachteil sah das Eid-

genossische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) damals zwar auch, doch verlangte die Atomaufsichtsbehörde weitere Daten dazu. Diese liegen nun vor, wie die Nagra am Dienstag an einer Online-Medieninformation mitgeteilt hat. Man sei «positiv überrascht», sagte ein Nagra-Vertreter über diese Daten.

Vor Gletschern schützen

So sei die bautechnische Machbarkeit des Lagers bis in eine Tiefe von rund 1000 Metern doch besser als anfänglich gedacht. Die Nagra sei diesbezüglich zuerst vorsichtiger gewesen. Die in den Tiefbohrungen durchgeführten Messungen hätten nun



Lagerhalle in Döttingen AG: Ein Teil der Bohrkerne aus den Tiefbohrungen der Nagra, präsentiert in hölzernen Schubladen. Foto: Nagra

aber gezeigt, dass das Gestein auch in einer so grossen Tiefe «fest genug» sei – trotz des höheren Drucks. Eine gewisse Tiefe ist nötig, damit das Endlager von den Gletschern einer künftigen Eiszeit nicht freigelegt wird.

Aargauer Bözberg, Zürcher Weinland oder Zürcher Unterland nördlich der Lägern: In rund zwei Jahren will die Nagra bekannt geben, welche der drei Standortregionen sich am besten für den Bau des Endlagers eignet. Bis dahin werden noch einige Tiefbohrungen in die Gesteinsschichten durchgeführt. Alle drei Regionen eignen sich laut der Nagra «sehr gut» für den

Bau des Lagers. Eine Rangliste könnte man aber noch nicht verkünden.

Es dauert noch Jahrzehnte

Der Vergleich der Regionen wird mittels 13 Kriterien durchgeführt. Nach dem Standortvorschlag der Nagra dauert es nochmals knapp zehn Jahre, bis der Bundesrat und das Parlament über den Endlagerstandort entscheiden. Im Falle eines Referendums kommt es zu einer Volksabstimmung. Etwa um das Jahr 2060 soll das Lager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb genommen werden.

Markus Brupbacher